

"Willy Brandt: Der antiquierte EVG-Vertrag" in Sozialdemokratischer Pressedienst (4. Februar 1953)

Legende: Im Februar 1953 stellt der Berliner Bundestagsabgeordnete Willy Brandt die Argumente infrage, denen zufolge die Verteidigung Europas ausschließlich im Rahmen des Vertrags zur Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) gewährleistet werden soll. Brandt führt mögliche Alternativen für die Sicherheit des Kontinents in einem weiteren Rahmen an.

Quelle: Sozialdemokratischer Pressedienst. 04.02.1953. Bonn: SPD. "Der antiquierte EVG-Vertrag", auteur:Brandt, Willy , p. 2-3.

Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, [s.l.].

Urheberrecht: Alle Rechte vorbehalten

URL:

[http://www.cvce.eu/obj/"willy_brandt_der_antiquierte_ev_g_vertrag"_in_sozialdemokratischer_pressedienst_4_februar_1953-de-f9c0ac0d-12e1-4fda-b2db-d767939b1d6d.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 03/07/2013

Der antiquierte EVG-Vertrag

Von Willy Brandt, MdB, Berlin

Bundeskanzler Dr. Adenauer behauptet seit Wochen und Monaten, das westliche Sicherheitsproblem könne nur mit Hilfe des EVG-Projektes gelöst werden - andere Möglichkeiten seien überhaupt nicht gegeben. Diese Behauptung erhält nicht dadurch Beweiskraft, dass sie dauernd wiederholt wird. Erst in den letzten Tagen hat sich erwiesen, dass maßgebende Vertreter der Vereinigten Staaten gewiss mit allem Nachdruck für eine gemeinsame Europa-Verteidigung eintreten, ohne sich dabei jedoch auf den EVG-Vertrag festzulegen. Und wenn Foster Dulles zunächst einmal das Projekt EVG-Vertrag zu realisieren versucht, so ist das nur natürlich. Endgültig braucht es nicht zu sein.

Es kann nur vermutet werden, wie viele Chancen neuer Verhandlungen ungenutzt geblieben sind. Tatsache ist jedoch, dass die offizielle deutsche Außenpolitik gar nicht darauf ausgerichtet war, solche Chancen zu erkennen und zu nutzen. Die Erklärungen von Feldmarschall Lord Montgomery über Möglichkeiten einer britischen Mitwirkung an der Europa-Verteidigung sind fast unbeachtet geblieben. Zuvor hatte der Generalsekretär der NATO, Lord Ismay, bereits neue Verhandlungen auf der Ebene der atlantischen Verteidigungsorganisation in Aussicht gestellt. In Londoner Parlamentskreisen ist ernsthaft darüber diskutiert worden, wie man der Bundesrepublik die gleichberechtigte Mitwirkung in der NATO und Großbritannien die Einschaltung in einen zweckmäßigen Rahmen der europäischen Verteidigung ermöglichen könnte.

Auch der niederländische Verteidigungsminister hat zu erkennen gegeben, dass seine Regierung einer Überprüfung des Verhältnisses zwischen Bundesrepublik und NATO nicht negativ gegenüberstehen würde. Außerdem laufen seit Monaten die Bemühungen um einen Ausbau und eine Untermauerung - durch außenpolitische und wirtschaftliche Koordinierung - der Zusammenarbeit zwischen jenen Staaten, die dem atlantischen Bündnissystem angehören. Hinzu kommen jene, nicht nur in Deutschland gemachten Vorschläge, die die westeuropäische Zusammenarbeit breiter anlegen und solider fundieren wollen, als es durch die kontinentale Kleinlösung möglich ist.

Vor allen zeigen auch die Diskussionen in Skandinavien, dass Erich Ollenhauer als Führer der Opposition von durchaus realistischen Erwägungen ausging, wenn er erst kürzlich wieder forderte, eine wirksame europäische Verteidigung sollte auch Großbritannien, Dänemark und Norwegen umfassen. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Osloer Storting, Finn Moe, hat vor wenigen Tagen erklärt, dass der EVG-Vertrag keine wirkliche Chance mehr haben dürfte. Als Alternative schlug er den Verzicht auf supranationale Behörden und einen solchen Aufbau der Europa-Verteidigung vor, der Großbritannien und dann auch seinem Land die Teilnahme möglich machen würde.

Sowohl im dänischen wie im norwegischen Parlament stehen Verfassungsänderungen bevor, die im ursächlichen Zusammenhang mit den Problemen der europäischen und westlichen Verteidigung stehen. Der norwegische Außenminister Halvard Lange hat in diesem Zusammenhang sehr offen davon gesprochen, dass sich für Großbritannien wie für die skandinavischen Länder die Notwendigkeit ergeben könnte, das Verhältnis zum übrigen Westeuropa auf dem Gebiet der Sicherheit neu zu überprüfen.

Diese Meinungsäußerungen widerlegen die These vom Scheitern des EVG Projektes als einer Katastrophe. Sie bestätigen vielmehr die These der Opposition, dass der EVG-Vertrag antiquiert ist und dass die Voraussetzungen für neue Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten, durchaus gegeben sind.